



Europäische Union  
Regionalpolitik

# de info regio panorama

9

März 2003

## Interview

Göran Ekström  
Präsident von  
EURADA

## Zusammenarbeit

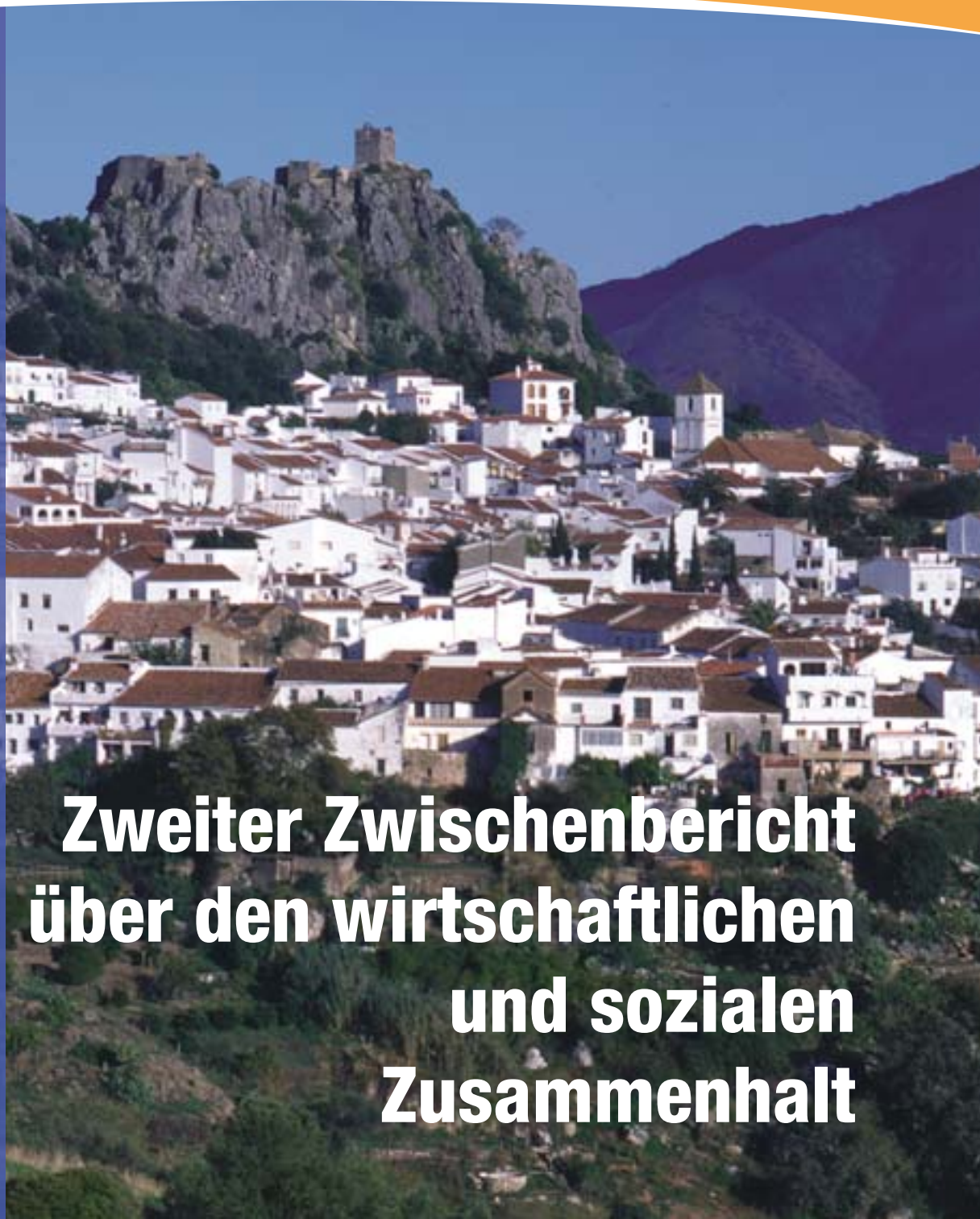
Das Programm  
PEACE

## Entdeckungsreise durch ein Beitrittsland

Die Tschechische  
Republik

## Porträt einer Region

Norte (Portugal)



**Zweiter Zwischenbericht  
über den wirtschaftlichen  
und sozialen  
Zusammenhalt**



**Warum wurde 1991 der "Europäische Verein der Regionalen Entwicklungsagenturen" aus der Taufe gehoben? <sup>1</sup>**

Die Gründung von EURADA im Jahre 1991 muss einerseits im Kontext der späten achtziger Jahre gesehen werden, die im Zeichen der Vollendung des einheitlichen Binnenmarkts standen. Der andere Teil des Gründungskontexts bestand in der Implementierung des ersten mehrjährigen Programmplanungszeitraums der Strukturfonds. Die Vollendung des Binnenmarkts liess bei einigen Verantwortlichen von Regionalentwicklungsagenturen (REA) das Bedürfnis reifen, sich über die Initiativen zu informieren, die andere Kollegen mit dem Zweck ergriffen, die sozio-ökonomischen Strukturen ihrer Regionen auf die Vertiefung der Europäischen Union vorzubereiten.

Außerdem war die Entwicklung der Strukturfonds zwischen 1988 und 1994 für die REA auch deswegen von Interesse, weil in

diesem Zeitraum erstmals die Konzepte Gemeinschaftsinitiative, Globalzuschuss und interregionale Zusammenarbeit erprobt wurden. Sie wurden nicht nur Gegenstand eines fruchtbaren Dialogs mit den Diensten der europäischen Kommission, sondern auch des Ideenaustauschs zwischen den Leitern von REA.

Technisch gesehen ist EURADA das greifbare Resultat einer Subvention der DG REGIO, die uns im Rahmen der Vorbereitung des Programms RECITE<sup>2</sup> gewährt wurde. Rund zwanzig REA hatten ein informelles Netzwerk gebildet und eine Kofinanzierung der Gemeinschaft erhalten, um Erfahrungen zum Thema endogene Entwicklung auszutauschen. Die Tatsache, dass EURADA zehn Jahre später immer noch existiert, zeigt, dass das Programm RECITE seine Ziele erreicht hat. An der Zielsetzung von EURADA hat sich jedoch in den zehn Jahren unserer Existenz nichts geändert: Wir wollen der Verein der Professionals der regionalen Wirtschaftsentwicklung sein.

**Die Bezeichnung "Entwicklungsagentur" deckt ein breites Spektrum von sehr unterschiedlichen Strukturen ab und umfasst sowohl kleine Lokalentwicklungsagenturen als auch Regierungseinrichtungen mit nationalen Zuständigkeiten. Wie positionieren sich die Mitglieder von EURADA zwischen diesen beiden Polen?**

EURADA hat sehr präzise Kriterien definiert, die die Typen von Entwicklungsagenturen beschreiben, die wir als Vereinsmitglieder anwerben wollen. Um es kurz zu sagen: um Mitglied von EURADA werden zu können, muss eine REA in einem Gebiet tätig sein, das größer ist als eine Gemeinde. Das ergibt eine ziemlich homogene Mitgliedschaft. In der

Praxis zeigt sich, dass die von unserem Verein bearbeiteten Themen in der Regel nur für solche Entwicklungsagenturen interessant sind, die von ihrer Größe her eine gewisse kritische Masse erreichen, sowohl im Hinblick auf die Bevölkerungszahlen als auch im Hinblick auf die Zahl der Unternehmen.

Die Vielfalt der Organisationen in der Europäischen Union bereitet uns daher keine nennenswerten Probleme. Jedoch haben wir oft den Eindruck, dass manche Regionalakteure von einer Mitarbeit bei uns viel profitieren könnten, sowohl hinsichtlich ihres Wissenstandes als auch hinsichtlich ihres praktischen Know-hows. An unserer Jahresveranstaltung "Agorada" im November 2002 unter dem Thema "Wie wird eine Region für die nächsten zehn Jahre unternehmerisch?" haben sich nur sehr wenige REA aus den sogenannten Ziel 1-Gebieten beteiligt. Wenn man unterstellt, dass der Erfahrungsaustausch die Entwicklung von Kompetenz fördert, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass EURADA - ganz und gar ungewollt - hauptsächlich den dynamischsten Regionen dient und die Akteure der Regionen mit Entwicklungsrückständen "links liegen lässt".

**Wie gestaltet sich konkret das Verhältnis der beiden wichtigsten Bestandteile Ihrer Aktivität - Dialog mit der Europäischen Kommission und Management spezifischer Projekte?**

EURADA hat sich immer als Lobbying-Organisation verstanden, die sich auf Vorabinformation spezialisiert. Deswegen messen wir dem Dialog mit den Diensten der Europäischen Kommission große Bedeutung bei. Die Inhalte dieses Dialogs sind vielfältig; er reicht von Fragen der administrativen Vereinfachung der Strukturfonds bis zu

## Übersicht

Verantwortlicher Herausgeber: Thierry Daman, EK, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift ist auf der Website [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm) in den elf Amtssprachen der Europäischen Region verfügbar.

Sie wird in gedruckter Form in fünf Sprachen (DE, EN, ES, FR, IT) auf Recyclingpapier aufgelegt. Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.

Photos (Seiten): Eurada (2), Chris Heymans (4), Children of Ireland Group (6), FORMA (10), Ministerstvo pro Místní Rozvoj (11), Região do Norte (13), AEIDL (15)

Umschlag: Felipe Crespo

4



**Zweiter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt**

6



**Das Programm PEACE: Einander kennenlernen und zusammen leben!**



Möglichkeiten des Zugangs der KMU; er schließt Fragen der staatlichen Beihilfepolitik ebenso ein wie Fragen des Unternehmertums oder Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung...

Selbstverständlich hat EURADA auch spezifische Projekte durchgeführt. Den Projekten, die wir in den letzten zehn Jahren angepackt haben, sind folgende Merkmale gemeinsam: es ging entweder darum, mit Hilfe von Tutorien oder mittels der Vernetzung regionaler Akteure einen praxisorientierten Erfahrungsaustausch in Gang zu setzen, oder um die Exploration von neuen Themenbereichen.

**EURADA hat sich intensiv mit "Benchmarking" befasst, d.h. mit der vergleichenden Untersuchung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Kann man heute schon Ergebnisse dieser Analysen festhalten?**

Seit 1997 arbeitet EURADA an der Entwicklung eines experimentellen Modells, das es ermöglichen soll, die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen zu vergleichen, die für die Ankurbelung der regionalen Ökonomien verantwortlich sind. Das Modell basiert auf der Sammlung und Interpretation statistischer Daten. Außerdem werden die vorbildlichen Praktiken, die ermittelt werden konnten, in standardisierter Form beschrieben, so dass ein echter Vergleich der Praktiken der an der Untersuchung beteiligten REA möglich wird. Von den mehr oder weniger ähnlichen Untersuchungen, die uns bekannt geworden sind, unterscheidet das Modell sich dadurch, dass es einerseits auf Klassifizierungen oder auf die Erstellung von Rangordnungen verzichtet und sich andererseits nicht auf die bloße Sammlung von mehr oder minder 'selbsternannten' vorbildlichen Praktiken beschränkt.

Was haben wir aus dieser Arbeit gelernt? 1. Ein Benchmarking der öffentlichen Regionalpolitiken ist möglich; 2. das Modell ist – weil einfach zu handhaben und zu verstehen – auch finanziell erschwinglich; 3. das Modell ermöglicht es, vorbildliche Praktiken auch in solchen Regionen zu entdecken, die a priori keine Chance haben, jemals als beispielhaft erwähnt zu werden; 4. das Modell zwingt die Teilnehmer, ihre eigene Praxis in Frage zu stellen.

Außerdem hat sich gezeigt, dass dieselben Begriffe nicht unbedingt von allen Regionen gleich definiert werden.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass unser Modellversuch wirklich aussagefähige Ergebnisse nur dann erbringen kann, wenn er möglichst alle regionalen Organisationen überzeugt. Des Weiteren wissen wir, dass ein Benchmarking-Verfahren nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Spitzenverantwortlichen sich engagieren und die Ergebnisse nutzen, um die Weiterentwicklung ihrer Organisation voranzutreiben.

**Welche Positionen hat EURADA bezogen, zunächst in Sachen Erweiterung, dann hinsichtlich des nächsten Programmplanungszeitraums, der im Jahr 2007 beginnen wird?**

EURADA hat seine Erweiterung schon im Jahre 1995 vollzogen, als wir beschlossen haben, auch REA der mittel- und osteuropäischen Länder aufzunehmen. Seit dem Jahr 2000 organisieren wir jedes Jahr eine große Veranstaltung, die sich speziell an die REA aus diesen Ländern richtet. Was die Strukturfonds angeht, so haben wir uns vorrangig mit den Problemen beschäftigt, die im Rahmen ihrer Implementierung aufgetreten sind, insbesondere die Bedeutung von Investitionen in den Bereichen, die mit der Entwicklung unternehmerischer Einstellungen zusammenhängen, sowie beispielsweise mit den Möglichkeiten der KMU, sich den Zugang zu Finanzierungen und Innovationen zu erschließen usw. Dazu kommen die Interaktionen (oder ihr Fehlen) der Strukturfonds mit den verschiedenen Gemeinschaftspolitiken (Umwelt, Kontrolle der staatlichen Beihilfen, öffentliche Aufträge, Forschung und Entwicklung usw.) sowie schließlich mit den Fragen der verwaltungstechnischen Vereinfachung. Übrigens resultiert die Komplexität der Prozeduren nicht selten aus den Auflagen, die von den Behörden der Mitgliedstaaten gemacht werden...

Zu den wichtigsten Forderungen von EURADA für den Zeitraum nach 2006 gehört die Stärkung der Gemeinschaftspolitik zugunsten der KMU, besonders in jenen Regionen, die aus der Förderung durch die Strukturfonds herausfallen werden.

(<sup>1</sup>) RECITE (REgions and CITies for Europe) war ein Aktionsprogramm zur Förderung des Austauschs von Know-how zwischen Netzwerken von kommunalen Behörden. Zu diesem Zweck wurde zwischen 1991 und 1995 für fünfzehn europäische Netzwerke ein Betrag von 4,2 Millionen ECU bereitgestellt.

## Auf dem Weg zu einem Bündnis der regionalen Entwicklungsagenturen

Der Europäische Verband der Regionalen Entwicklungsagenturen EURADA wurde im Dezember 1991 gegründet. Heute gehören ihm rund 150 Entwicklungsagenturen in 25 Ländern der Europäischen Union und Mittel- und Osteuropas an.

Das Arbeitsprogramm von EURADA konzentriert sich auf die folgenden Themenbereiche:

- Informationsaustausch über Strategien der Regionalentwicklung, Unternehmensförderung, Weiterbildungsmaßnahmen für die Manager der Entwicklungsagenturen;
- Analyse der konkreten Ergebnisse der Gemeinschaftspolitiken;
- Entwicklung von Kooperationsprojekten zwischen Entwicklungsagenturen;
- Stimulierung der Entwicklung innovativer und übertragbarer Techniken der lokalen und regionalen Wirtschaftsentwicklung;
- Verbreitung relevanter Informationen und allgemeinverständlicher Darstellungen sowohl der Gemeinschaftspolitiken als auch der "vorbildlichen Praktiken" in Sachen lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung;
- Durchführung von Kooperationsprojekten, die von der Europäischen Kommission kofinanziert werden.

### Kontakt:

Secrétariat EURADA  
Avenue des Arts, 12 - Boîte 7  
B-1210 Bruxelles  
Tel. +32 2 218 43 13  
Fax. +32 2 218 45 83



E-mail: [info@eurada.org](mailto:info@eurada.org)  
Web: [www.eurada.org](http://www.eurada.org)

9



Die Tschechische Republik  
– einsatzbereit  
Fragen an Pavel Nemec,  
Minister für  
Regionalentwicklung der  
Tschechischen Republik

12



Norte (Portugal):  
Austarieren und  
innovieren

14



INTERREG IIIA -  
euregio rhein-maas-  
nord:  
Grenzüberschreitende  
Lebensmittelsicherheit

## Zweiter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt

Am 30. Januar 2003 hat die Europäische Kommission den Zweiten Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt verabschiedet.

Die Veröffentlichung dieses Dokuments geht auf eine Selbstverpflichtung der europäischen Kommission zurück, den Rat regelmäßig über den Stand der Vorbereitung ihrer Vorschläge für die Weiterführung der Regionalpolitik nach 2006 zu informieren. Wie haben sich die Gesamtsituation und die Haupttendenzen im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts Europas seit der Veröffentlichung des ersten Zwischenberichts im Januar 2002 entwickelt?

### Verlangsamung

Die Europäische Union hat im Jahr 2001 eine deutliche Verlangsamung ihres Wirtschaftswachstums hinnehmen müssen: Das BIP der Fünfzehn ist nur um 1,5% gewachsen, gegenüber 3,5% im Jahr 2000. Es ist damit zu rechnen, dass diese Verlangsamung in den ärmsten Regionen der Union besonders negative Auswirkungen haben wird.

Mit Ausnahme Griechenlands haben die Kohäsionsländer den Abstand zu den anderen Mitgliedstaaten der Union weiter verringert. Irland hat ein anhaltendes Wachstum erlebt und im Jahr 2001 erreichte sein Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparität 118% des gemeinschaftsweiten Mittels (gegenüber 115% im Jahr 2000 und nur 64% im Jahr 1988).

Die regionalen Disparitäten innerhalb der Mitgliedstaaten haben im Lauf des Jahres 2000 weiter zugenommen. Jedoch hat sich dank der Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten an den globalen Disparitäten zwischen den Regionen der Fünfzehn zwischen 1995 und 2000 praktisch nichts geändert.

In den Ziel 1-Regionen blieb das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2000 knapp oberhalb von 71% des gemeinschaftsweiten Mittels. Über einen Fünfjahreszeitraum gesehen treten die Aufholeffekte deutlicher hervor: zwischen 1995 und 2000 haben sich die Einkommensunterschiede insgesamt um 1,5% verringert, in den Ziel 1-Regionen seit 1989 um ganze 2 Punkte. Das unterstreicht die langfristige Wirksamkeit der Strukturfonds.

In der Union der Fünfundzwanzig lassen sich drei Ländergruppen unterscheiden:

- die ärmsten acht unter den zukünftigen Mitgliedstaaten, mit einem Pro-Kopf-BIP in Höhe von 42% des gemeinschaftsweiten Mittels;
- eine mittlere Gruppe (Spanien, Zypern, Portugal, Slowenien, Griechenland) zwischen 71% und 92% des gemeinschaftsweiten Mittels;
- eine Gruppe, die von den anderen heutigen Mitgliedstaaten gebildet wird, mit einem

Pro-Kopf-BIP in Höhe von mindestens 115% des gemeinschaftsweiten Mittels.

Mit der Erweiterung werden die Disparitäten zunehmen. Den neuesten statistischen Daten zufolge weisen 48 Regionen der Union der Fünfzehn (18% der Bevölkerung - 68 Millionen Einwohnern) ein Pro-Kopf-Einkommen unterhalb von 75% des gemeinschaftsweiten Mittels auf. In der Union der Fünfundzwanzig werden 67 Regionen (mit 116 Millionen Einwohnern, d.h. 25% der Bevölkerung) in dieser Situation sein. In der erweiterten Union mit 25 Mitgliedstaaten wird das Verhältnis zwischen den reichsten 10% der Regionen und den ärmsten 10% 4,3/1 sein, im Gegensatz zu 2,6/1 in der Union der Fünfzehn.

Die Auswirkungen der Wachstumsverlangsamung auf die Beschäftigung waren geringer als erwartet. Die Haupttrends auf dem Arbeitsmarkt der Union stellen sich wie folgt dar:

- Das Beschäftigungswachstum im Jahr 2001 war begrenzt. In der ersten Jahreshälfte 2002 stieg die Arbeitslosenquote leicht an und erreichte 7,7%. Die Spitzenwerte wurden in Italien, Griechenland und Spanien erreicht; dort sind besonders die Frauen und jungen Menschen betroffen.
- Trotz einer gewissen Verringerung der regionalen Disparitäten hinsichtlich der Beschäftigung bleiben die Unterschiede groß: die Regionen mit den höchsten Beschäftigungsquoten erreichen einen Mittelwert von 78,1%; die schwächsten Regionen kommen nur auf 48%. Die

Extremwerte der regionalen Arbeitslosenquoten schwanken zwischen 2,3% und 19,7%. Die grössten Unterschiede innerhalb ein und desselben Mitgliedsstaats sind in Frankreich (Frankreich unter Berücksichtigung der Überseedepartements) und Italien festzustellen.

- Der soziale Zusammenhalt macht weiterhin langsame Fortschritte. Der Abstand zwischen den Gesamteinkommen der reichsten und der ärmsten Regionen hat sich verringert, wie auch die Zahl der Europäer, die unterhalb der jeweils landesspezifischen Armutsgrenze leben.

In den Beitrittsländern:

- Das Beschäftigungsniveau hat unter der Wirtschaftskrise des Jahres 2001 gelitten. An dem seit fünf Jahren dauernden stetigen Trend zu einer Verringerung der Beschäftigungsquote hat sich trotz eines signifikanten Anstiegs im Dienstleistungssektor nichts geändert. Nur Slowenien und Zypern weisen eine Beschäftigungsquote oberhalb des gemeinschaftsweiten Mittels auf. Man schätzt die Zahl der Arbeitsplätze, die in den neuen Mitgliedstaaten nötig sind, um auf das Beschäftigungsniveau der jetzigen EU zu kommen, auf 3 Millionen.
- Die Unterschiede zwischen den regionalen Beschäftigungsquoten sind geringer als in der EU, bleiben jedoch weiterhin hoch. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 13% im Jahre 2001. In den am stärksten betroffenen Regionen erreicht sie 24,3%



und sinkt in den am wenigsten betroffenen Regionen auf 3,6%.

## Neue Einsichten

Die Studie der Kommission über "Die erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen der Ziel 1-Finanzierungen zwischen 2000 und 2006" kommt zu ermutigenden Ergebnissen. Beispielsweise schätzt sie, dass das gesamte BIP Portugals in dieser Periode um 3,5% schneller wachsen wird als dies ohne die Unterstützung durch die Gemeinschaft der Fall wäre (2,2% für Griechenland, 1,7% im italienischen Mezzogiorno, 1,6% in Ostdeutschland und 1,8% in Spanien). Zudem wirkt die Förderung der Ziel 1-Gebiete über deren Grenzen hinaus, denn ein Viertel der Transferzahlung fließt weiter in andere Teile der Union, ein Zehntel in Drittländer.

Neuerdings sind auch Indikatoren über den technologischen Entwicklungsstand verfügbar; sie bestätigen den Rückstand der südeuropäischen Länder in den Bereichen technologische Innovation und wissensbasierte Ökonomie. In Finnland, Schweden und Deutschland ist die Zahl der angemeldeten Patente pro Million Einwohner mindestens doppelt so hoch wie der gemeinschaftsweite Mittelwert, im Gegensatz zu Irland, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal. Die regionalen Unterschiede in diesem Bereich sind sehr stark ausgeprägt, am stärksten in den Hochtechnologiebereichen. Diese Trends konvergieren weitgehend mit den Ausgaben zugunsten von Forschung und Entwicklung. Unter den Bewerberländern weisen Slowenien und die Tschechische Republik die höchsten Investitionsraten für Forschung und Entwicklung auf.

Die europäische Kommission hat eine Reihe von Studien über die räumliche Komponente des Zusammenhalts in Auftrag gegeben, von denen eine sich mit den Inselregionen befasst; eine weitere ist den Bergregionen gewidmet. Zwei Untersuchungen über das Humankapital beschäftigen sich mit seiner Bedeutung für die regionale Entwicklung sowie für die globale und wissensbasierte Ökonomie.

## Die Debatte über die zukünftige Kohäsionspolitik

Der Zweite Zwischenbericht enthält des Weiteren ein Kapitel über den Stand der Erörterungen, die im Jahr 2002 über die Zukunft der Kohäsionspolitik geführt wurden. Er fasst die Stellungnahmen von verschiedenen europäischen Institutionen (Rat, Europäisches Parlament, Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen) ebenso zusammen wie die Äußerungen der Teilnehmer an vier großen Seminaren, die die Kommission im letzten Jahr organisiert hat. Derzeit ist die Debatte über die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik von folgenden Überlegungen bestimmt:

- Es besteht Einhelligkeit darüber, dass den am wenigsten entwickelten Regionen weiterhin Vorrang eingeräumt werden soll; ihre Definition mittels des Kriteriums von 75% des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP der Union auf der Ebene NUTS II wird weitgehend akzeptiert. Die Frage der Berücksichtigung zusätzlicher Kriterien wird regelmäßig angesprochen.
- Mehrere Vertreter haben die auf Art. 229 des Vertrags beruhende Möglichkeit angesprochen, die Inseln und Regionen in extremer Randlage in diese Kategorie aufzunehmen. Der "Statistikeffekt" zuungunsten der fünfzehn Regionen, die derzeit unter das Ziel 1 fallen, könnte durch gerechte Übergangsmaßnahmen aufgefangen werden, deren Niveau über dem derzeit geltenden liegen könnte. Außerdem haben die Vertreter der Inseln und der dünn besiedelten Regionen im hohen Norden sich dafür ausgesprochen, dass die zukünftige Kohäsionspolitik ihre spezielle Situation berücksichtigen solle.
- Die Hilfen für Regionen ohne Entwicklungsrückstände werden vielerseits befürwortet. Folgende Punkte werden in diesem Zusammenhang oft angesprochen: Weitere Vereinfachung und Dezentralisierung, Konzentration auf die Prioritäten der Gemeinschaft sowie auf die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. Eine Gebietseinteilung für diese Hilfen wird

nicht mehr für notwendig gehalten. Die Auswirkungen auf die einzelstaatlichen Regionalbeihilfen, die sich aus einer Abschaffung der Gebietseinteilung in den Ziel 2-Gebieten ergeben könnten, wurden vielfach erwähnt.

- Die positiven Effekte von Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit werden weitgehend anerkannt, besonders im Fall des grenzüberschreitenden Austauschs.
- Die Notwendigkeit einer Verbesserung des Beitrags der Gemeinschaftspolitiken (Fischerei, Wettbewerb, Verkehr, Umwelt, Forschung und Entwicklung) zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt wurde im Jahr 2002 oft betont.

## Vorbereitung auf die Erweiterung

Schließlich geht der Zweite Zwischenbericht kurz auf den Stand der Dinge in Sachen Erweiterungsvorbereitung ein. Nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen besteht der Kern dieser Vorbereitung darin, die Strukturprogramme der zukünftigen Mitgliedstaaten abschließend festzulegen und ihre tatsächliche Durchführung vom Beitrittsdatum an zu gewährleisten. Im Juli 2003 wird ein spezieller Bericht über die Konkretisierung der Verpflichtungen vorgelegt werden, die die Bewerberländer im Rahmen der Verhandlungen über die Regionalpolitik eingegangen sind.

*Der Zweite Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt kann an der folgenden Adresse heruntergeladen werden:*  
[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/interim2\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/interim2_de.htm)

## Zusammenhalt: Ausgewählte Grunddaten

- In der erweiterten Union mit 25 Mitgliedstaaten wird das Verhältnis zwischen den zehn reichsten und den zehn ärmsten Regionen 4,3/1 sein (im Gegensatz zu 2,6/1 in der Union der Fünfzehn).
- Das Pro-Kopf-BIP von 48 Regionen der Fünfzehn (18% der Bevölkerung, d.h. 68 Millionen Einwohner) liegt unterhalb der Schwelle von 75% des mittleren Pro-Kopf-BIP in der Gemeinschaft. In einer erweiterten Union mit 25 Mitgliedstaaten werden nur noch 30 Regionen der derzeitigen Mitgliedstaaten (12% der Bevölkerung, d.h. 47 Millionen Einwohner) unterhalb der neuen 75%-Grenze liegen. In einer Union mit 27 Mitgliedstaaten würden nur 18 Regionen (6% der Bevölkerung, d.h. 24 Millionen Einwohner) übrig bleiben.
- 15% der Europäer leben unterhalb der einzelstaatlichen Armutsgrenze (ohne die Zahlungen für Altersruhestand läge dieser Anteil bei 24%).
- Jeder Euro, den die Strukturfonds an die Ziel 1-Gebiete überwiesen haben, hat eine Steigerung ihres BIP um 1,33 Euro bewirkt und darüber hinaus einen "Rückkehreffekt" in die reicheren Regionen ausgelöst: Ein Viertel der ursprünglichen Zahlungen fließt in andere Regionen der Union.

**Europäischer Rat von Kopenhagen (Dezember 2002): Verteilung der Mittel aus Kohäsions- und Strukturfonds in den neuen Mitgliedstaaten in den Jahren 2004-2006**  
 (in Millionen Euro, zu Preisen von 1999)

Land	Kohäsionsfonds		Strukturfonds					GESAMT
	Indikative Verteilung in Prozent der Gesamtmittel	Ziel 1	Ziel 2	Ziel 3	FIAP (Fischerei)	Gemeinschaftsinitiativen		
						INTERREG	Equal	
Zypern	0,43 %-0,84 %	0	24,9	19,5	3,0	3,8	1,6	52,8
Estland	2,88 %-4,39 %	328,6	0	0	0	9,4	3,6	341,6
Ungarn	11,58 %-14,61 %	1 765,4	0	0	0	60,9	26,8	1 853,1
Lettland	5,07 %-7,08 %	554,2	0	0	0	13,5	7,1	574,8
Litauen	6,15 %-8,17 %	792,1	0	0	0	19,9	10,5	822,5
Malta	0,16 %-0,36 %	55,9	0	0	0	2,1	1,1	59,1
Polen	45,65 %-52,72 %	7 320,7	0	0	0	196,1	118,5	7 635,3
Tschech. Rep.	9,76 %-12,28 %	1 286,4	63,3	52,2	0	60,9	28,4	1 491,2
Slowenien	1,72 %-2,73 %	210,1	0	0	0	21,0	5,7	236,8
Slowakei	5,71 %-7,72 %	920,9	33,0	39,9	0	36,8	19,7	1 050,3
GESAMT	7 590,5	13 234,3	121,2	111,6	3,0	424,4	223,0	14 117,5



## Das Programm PEACE für Nordirland und die angrenzenden Gebiete Irlands

### Im Dienst von Frieden und Versöhnung

Das Programme PEACE ist in mehr als einer Hinsicht beispielgebend: Seine Ziele sind im Rahmen der Strukturfonds einzigartig, und bei seiner Durchführung wurden bahnbrechende Ansätze erprobt.

In der Mitte der neunziger Jahre hat Nordirland sich auf den langen Marsch zum Frieden gemacht. Der seit 1994 von beiden Seiten vereinbarte Waffenstillstand und das Abkommen von Belfast ("Karfreitagsabkommen") aus dem Jahr 1998 sind die wichtigsten Meilensteine auf einem schwierigen Weg zum Frieden, dessen Ende noch nicht absehbar ist.

Die Europäische Union unterstützt diesen Friedensprozess mittels eines Programms, das im Rahmen der Strukturfonds einzigartig dasteht. Gegen Ende des Jahres 1994 begann die Kommission, sich für eine Gemeinschaftsinitiative von fünfjähriger Dauer auszusprechen, die in Nordirland und den

Grenzbezirken der Republik Irlands durchgeführt werden sollte. So entstand das "Sonderprogramm zur Förderung für Frieden und Versöhnung", heute besser bekannt unter der Kurzbezeichnung "PEACE I".

Dank eines Gemeinschaftsbeitrags in Höhe von 500 Millionen Euro hat PEACE I zwischen 1995 und 1999 nicht weniger als 12.000 Projekte finanziert, die eine Bevölkerung von insgesamt zwei Millionen erreichten. Seine vorrangigen Zielbereiche waren Beschäftigung, Rehabilitation von städtischen und ländlichen Gebieten, soziale Eingliederung, Förderung von Produktivinvestitionen und Unternehmen sowie nicht zuletzt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.



Jedoch verdankt das Programm PEACE seine spezielle Bedeutung der Tatsache, dass es Bevölkerungsgruppen zugute kam, die von den Konflikten in Nordirland besonders betroffen waren, und dass es Projekte förderte, die nie zuvor aus Gemeinschaftsmitteln unterstützt worden waren: psychologische und soziale Hilfe für Attentatsopfer und ihre Familien, berufliche Wiedereingliederung von Straftätern, die mit den paramilitärischen Organisationen in Verbindung gestanden hatten, junge Menschen und Frauen, die sich in Versöhnungsprojekten in den Pufferzonen zwischen den katholischen und protestantischen Gemeinschaften engagierten usw.

Des Weiteren beruht die Originalität des Programms PEACE auf den innovativen Ansätzen, die bei seiner Durchführung zur Geltung kamen: Nie zuvor hatte die EU ein Programm dieses Umfangs erprobt, das (wie ein INTERREG-Programm) grenzüberschreitend war und das sich so stark an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bewohner orientierte. Zu diesem Zweck wurde die Verwaltung des größten Teils der Mittel lokalen Partnerschaften und NRO übertragen. Außerdem erhebt das Programm die Beteiligung aller konfessionellen und politischen Strömungen der Region explizit in den Rang eines Ziels.

### Von PEACE I zu PEACE II

Im März 1999 bestätigte der Europäische Rat von Berlin 1999 sowohl den Erfolg von PEACE I als auch die Tatsache, dass weiterhin spezielle Bedürfnisse bestehen, die sich aus dem Friedensprozess ergeben. Er beschloss daher, das Programm um fünf Jahre zu verlängern.

Das Gesamtbudget für die neue Phase "PEACE II" im Zeitraum 2000-2004 beläuft sich auf mehr als 700 Millionen Euro, von denen 531 Millionen aus Mitteln der Strukturfonds bestritten werden. Wie schon im Fall von PEACE I stehen ungefähr 80% dieser Mittel für Projekte in Nordirland bereit, die verbleibenden 20% für die Grenzregionen Irlands. 15% des Gesamtprogramms sind für grenzüberschreitende Projekte vorgesehen.

Der institutionelle Kontext für die Durchführung von PEACE II ist jedoch ein anderer. Das Abkommen von Belfast hatte grenzüberschreitende Verwaltungsstrukturen ins Leben gerufen, die die Gesamtheit der irischen Insel umfassen. Eine von ihnen, der "Special EU Programmes Body" fungiert heute als alleinige Verwaltungsbehörde für PEACE II und INTERREG. Indes hat PEACE II die spezifischen Merkmale, die den Erfolg von PEACE I

ausgemacht haben, beibehalten bzw. verstärkt. Heute werden die finanziellen Mittel auf die Gruppen, Sektoren und Gebiete konzentriert, die anerkanntermaßen besonders unter dem Konflikt gelitten haben. Außerdem liegt der Schwerpunkt auf interkonfessionellen oder solchen Projekten, die auf Dauer zu einer Annäherung zwischen Katholiken und Protestanten führen können. PEACE II ist stärker an ökonomischen Zielsetzungen orientiert als sein Vorläufer; seine Prioritäten sind wirtschaftlicher Aufschwung, soziale Eingliederung und Aussöhnung sowie Initiativen zugunsten der lokalen Entwicklung, der regionalen Öffnung und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

### Platz den Gutwilligen!

Die Weltöffentlichkeit hat sich immer für den Konflikt in Nordirland interessiert; das gilt für den Friedensprozess nicht weniger. Dessenungeachtet wird die nordirische Gesellschaft trotz der Waffenstillstandsabkommen und des Abkommens von Belfast weiterhin von gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen zerrissen. Weil es auf einer spezifisch europäischen Logik – der Logik der Strukturfonds – beruht, hat das Programm PEACE so etwas wie seine eigenen Dialogräume und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, die den Menschen offenstehen, die sich trotz der konjunkturellen Schwierigkeiten für eine Annäherung der Konfliktparteien einsetzen. Insofern fügt sich das Programm PEACE nahtlos in die neuen politischen Gegebenheiten ein: es ergänzt den politischen Friedensprozess um eine bürgernahe soziale und wirtschaftliche Dimension. Für die Europäische Union steht dabei viel auf dem Spiel, denn sie macht Erfahrungen, die sie zum gegebenen Zeitpunkt auch in anderen Regionen nutzen können wird, die den Weg zur Beilegung von Konflikten suchen.

#### **Kontakt:**

*Special EU Programmes Body (SEUPB)*  
6 Cromac Place, UK-Belfast BT7 2JB  
Tel.: +44 28 90 26 6660  
Fax: +44 28 90 266661/92  
E-mail: [info@seupb.org](mailto:info@seupb.org)  
Web: [www.seupb.org](http://www.seupb.org) (Website der Verwaltungsbehörde) [www.eugrants.org](http://www.eugrants.org) (Strukturfonds in Nordirland)



# Zusammenarbeit

## Interkulturelle Zusammenarbeit zwischen Ballymacarret (Nordirland) und Ballybofey (Irland)

## Einander kennenlernen und zusammen leben!

Jenseits seiner ökonomischen und religiösen Ursachen ist der nordirische Konflikt auch der einer spiegelbildlichen Vereinsamung: Zwischen Protestanten und Katholiken hat sich eine regelrechte kulturelle Kluft aufgetan. Jede Gemeinschaft hat inzwischen ihre eigene Kultur, ihre Folklore, ihre Lieder und sogar ihre eigenen Sportarten entwickelt ... Die Zusammenarbeit zwischen jungen Protestanten aus Belfast und Katholiken aus dem irischen Grenzgebiet soll das Fundament zu einem dauerhaften Frieden legen. Sie setzt auf vielfältige Weise an, "die von drüben" kennenzulernen.

Ballymacarret ist ein protestantisches Arbeiterviertel im Osten von Belfast, eine unionistische Bastion, der – um es vorsichtig auszudrücken – niemand nachsagen würde, sie habe jemals irgendwelche Beziehungen mit der katholischen Gemeinschaft gepflegt, und schon gar nicht mit Gemeinschaften südlich der Grenze.

Der *Kultur- und Kunstverein von Ballymacarret (Ballymacarret Arts and Cultural Society)* wurde im Jahre 1996 gegründet. Ursprünglich wollte er – in betont friedlicher Perspektive – die protestantische Kultur fördern. 1999 wurde ihm von PEACE I ein Zuschuss in Höhe von 45.000 Euro gewährt, um im Bereich des Theaters mit entsprechenden katholischen Organisationen der irischen Grenzgebiete zusammenzuarbeiten.

Als Partnerorganisation entschied er sich für die Theatergruppe der *"Balor Development Group"* in Ballybofey in der Grafschaft Donegal, die ebenfalls davon ausging, dass die kulturellen Unterschiede einen Teil der Ursachen von Missverständnissen zwischen den protestantischen und katholischen Gemeinschaften ausmachen. Der Verein aus Belfast hat zunächst angefangen, zwei Theaterstücke zu inszenieren und in der Republik Irland aufzuführen, die für ein besseres Verständnis der Kultur, Werte und Erwartungen der protestantischen Arbeiterklasse werben sollten.

### Pfade der Kulturerkundung

Um diese grenzüberschreitende und interkonfessionnelle Zusammenarbeit zu stärken und vertiefen, haben die beiden Partnervereine danach ein Projekt entwickelt, dem sie den Namen "Pfade der Kulturerkundung" gaben. Es soll den jungen Protestanten und Katholiken aus Belfast bzw. aus Ballybofey die Möglichkeit erschließen, gemeinsam ihre Kultur kennen – und schätzen zu lernen.

Das Projekt, das im Rahmen von PEACE II einen Zuschuss in Höhe von 150.000 Euro erhielt, besteht darin, sechs "Partnerschaften für kulturelles Lernen" zu bilden, in denen sich Jugendliche aus beiden Gemeinschaften zusammenfinden können: Protestanten aus Ballymacarret und Katholiken aus Ballybofey.

Alle Partnerschaften haben Bausteine zu bestimmten Schlüsselthema ausgearbeitet, die es den Teilnehmern ermöglichen sollen, ihre Verschiedenheit zu respektieren, einander kennenzulernen, zu verstehen und zu achten.

Der Baustein "Soziale Interaktion" z.B. hat die Form spielerischer Aktivitäten wie Besuche in den Gebieten der jeweiligen "Anderen", Sport, Theatergruppen, Tanzveranstaltungen, Gesellschaftsspiele usw.

Der Baustein "Vertrauen und Selbstvertrauen" dagegen schafft Möglichkeiten für beide Gruppen, sich an den Aktivitäten der jeweils anderen Gruppe zu beteiligen. Im sportlichen Bereich etwa besuchen junge Katholiken Fußballspiele des *Glentoran FC*, während junge Protestanten zu Fußballspielen gälischer Mannschaften eingeladen werden.

Wie der Name schon sagt, soll der Baustein "Kulturverständnis" den jungen Menschen Wege zu einem besseren Verständnis ihrer jeweiligen kulturellen Kontexte eröffnen. Hier werden Tanz- und Theatergruppen sowie Gälischkurse organisiert; dazu kommt eine gemeinsame Teilnahme an bedeutenden symbolischen Ereignissen wie z.B. die Juli-Umzüge der Protestanten oder das Fest des Hl. Patrick für die Katholiken.

Schließlich soll der Baustein "Politische Sensibilisierung" den Jugendlichen helfen, sich bewusst zu machen, wie die Politik ihr persönliches Alltagsleben und das ihrer Gemeinschaften verändern kann. Den Teilnehmern wird Gelegenheit gegeben, politische Institutionen zu besuchen (die Parlamente der Republik Irland und Nordirlands, die Rathäuser von Belfast und Dublin...) und mit gewählten Politikern zu diskutieren.

Die interkulturelle Zusammenarbeit zwischen Ballymacarret und Ballybofey ist in mehr als einem Sinne beispielhaft: Einerseits respektiert sie die *Bottom up*-Philosophie des Programms PEACE und setzt die Initiative der jungen Teilnehmer frei; andererseits führt sie dazu, dass diese Jugendlichen – gleich ob protestantisch oder katholisch – bei der Rückkehr in ihre Herkunftsgemeinschaften eine bessere Kenntnis "der von drüben" mitbringen und sich einiger Vorurteile entledigt haben.





# Entdeckungsreise durch ein Beitrittsland

## Die Tschechische Republik Einsatzbereit

**Dank des Qualifikationsniveaus ihrer Menschen, ihrer industriellen Traditionen und weiterer Stärken hat die Tschechische Republik gute Aussichten, schnell zu einem erstrangigen ökonomischen Akteur in der Europäischen Union aufzusteigen.**

Die Tschechische Republik entspricht den historischen Gebieten Böhmen und Mähren, die zwischen 1526 und 1918 unter der Herrschaft des Hauses Habsburg standen. Wie auch die Slowakei ist die Tschechische Republik im Januar 1993 bei der friedlichen Teilung der Tschechoslowakei in zwei unabhängige Staaten entstanden.

Bei einer Gesamtfläche von 78.866 km<sup>2</sup> weist die Tschechische Republik ein relativ gebirgiges Profil auf. Sie ist hochgelegen und wird manchmal als "Wasserturm Mitteleuropas" bezeichnet, weil hier zahllose Bäche und Flüsse entspringen, darunter Elbe und Oder, die natürliche Verbindungen zu Nord- und Ostsee darstellen.

Die Tschechische Republik hat ungefähr 10.280.000 Einwohner, was eine Bevölkerungsdichte von 132 Einw./km<sup>2</sup> ergibt. Die Besiedlung ist relativ ausgewogen und verteilt sich auf eine Vielzahl von kleinen und mittleren Städten. Es gibt nur wenige Großstädte. Prag, zugleich Hauptstadt und mit einer Einwohnerzahl von 1.300.000 die weitaus größte Stadt des Landes, hat der Aktivität der drei anderen Großstädte Brunn (400.000), Ostrau (350.000) und Pilsen (180 000) keinen Abbruch getan.

### Ressourcen... menschlicher Natur

Trotz des Fehlens bedeutender natürlicher Ressourcen waren die tschechischen Gebiete über lange Zeit eine der höchstentwickelten Regionen Europas. Von 1945 bis 1989 konnte das Land auf einen der höchsten Lebensstandards des sowjetischen Blocks verweisen. Indessen war fast alles Eigentum verstaatlicht, und der Außenhandel beschränkte sich fast ausschließlich auf die anderen Ostblockstaaten.

Bei der Wiedereinführung der Marktwirtschaft mussten daher die Grundlagen fast aus dem Boden gestampft

werden. Jedoch verfügte das Land über stabile Infrastrukturen und der Privatisierungsplan hat die Privatisierung weiter Bereiche der Ökonomie erleichtert. Er beruhte auf dem Prinzip, den Bürgern den Kauf preisgünstiger Coupons zu ermöglichen, die später gegen Aktien der Unternehmen getauscht werden konnten. Mit Hilfe des Fonds für Nationaleigentum (FNM) hat die Regierung mittlerweile 97% der im Jahre 1991 vorgesehenen Privatisierungen abgeschlossen. Der private Sektor ist fest im Sattel und macht den bei weitem größten Teil der tschechischen Wirtschaft aus. Im Jahr 2001 wurden 79,8% des BIP von privaten Unternehmen erwirtschaftet.

Seit 1989 hat die tschechische Wirtschaft eine unregelmäßige Entwicklung durchgemacht, bei der Wachstumsphasen (1993-96 und 2000-01) und Rezessionen (1989-92 und 1997-99) einander ablösen. Die katastrophalen Überschwemmungen, die das Land im August 2002 heimgesucht haben, könnten sich kurzfristig ebenfalls auf die wirtschaftlichen Leistungen auswirken und den aktuellen ökonomischen Aufschwung verlangsamen.

Seit dem Jahr 2000 hat die Tschechische Republik hinsichtlich der Konvergenz der Realeinkommen mit der Europäischen Union nur geringe Fortschritte erzielt. Im Jahr 2001 entsprach das Pro-Kopf-Einkommen (ausgedrückt in Kaufkraftstandards) nur 57% des gemeinschaftlichen Mittels. Hinsichtlich des Einkommensniveaus sind die Unterschiede zwischen der Hauptstadt und dem Rest des Landes stark ausgeprägt. Prag erreicht 124% des gemeinschaftlichen Mittels, während alle anderen Regionen unterhalb der Schwelle von 75% bleiben. Insgesamt jedoch lässt sich der Erfolg nicht leugnen: Von ihrer Kaufkraft her ist die Tschechische Republik der viertreichste unter den zukünftigen Mitgliedstaaten, nach Zypern, Malta und Slowenien.

Die Aussichten für eine neue Entwicklung des Landes sind ausgezeichnet, vor allem dank des hohen Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte: laut einer Studie der OECD<sup>(1)</sup> weist die Tschechische Republik unter allen Mitgliedstaaten der Organisation die höchsten Prozentanteile von Universitätsabsolventen aus den Bereichen Wissenschaft und Technik auf.

### Neuentwicklung von Industrie, Tourismus und Handel

Die tschechische Landwirtschaft erwirtschaftete im Jahr 2001 4,2% des Bruttomehrwerts, bei einem Anteil von 4,6% an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Die Landwirtschaft hat eine längere und tiefere Rezession durchgemacht; im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft hat sie praktisch keinen Aufschwung erlebt.

Der Sekundärsektor seinerseits trägt 42% zum BIP bei. Seit 1989 sind etliche unrentable Betriebe und Bergwerke stillgelegt worden. Schwer- und metallverarbeitende Industrie bleiben auch weiterhin von Bedeutung, obgleich die traditionellen Industrien (Schuhwerk, Glas, Textil) neu angekurbelt worden sind.

Der Tertiärsektor macht 53% des BIP aus. Seit 1990 hat der Tourismus einen deutlichen Aufschwung erlebt, und Prag ist eine der meistbesuchten Hauptstädte Europas geworden. Auch der Rest des Landes mit seinen 2.500 Burgen und 900 Thermalquellen (Weltrekord) ist äußerst attraktiv. Seit einigen Jahren empfängt die Tschechische Republik jährlich rund 12 Millionen Besucher.

Außerdem haben die Tschechen es geschafft, ihren Außenhandel nach Westen zu orientieren und umfangreiche Kredite und Investitionen aus dem Ausland einzuwerben. Der Handel mit der

<sup>(1)</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development.

# Entdeckungsreise durch ein Beitrittsland



Europäischen Union nimmt weiterhin zu. Im Jahr 2001 belief das Exportvolumen der Europäischen Union in die Tschechische Republik sich auf 27,3 Milliarden Euro, das sind 61,8% der tschechischen Importe, während die Importe der Union aus der Tschechischen Republik ein Volumen von 25 Milliarden Euro erreichten, das sind 68,9% der tschechischen Exporte.

Den Löwenanteil der EU-Exporte in die Tschechische Republik machten im Jahr 2001 Maschinen, Elektrogeräte, Verkehrsausrüstungen und unedle Metalle aus. Die meisten tschechischen Exporte in die Gemeinschaft betrafen außer den gleichen Produkten auch Textilien.

## Eine "europäische" Regionalstruktur

Am 1. Januar 2000 hat die Tschechische Republik ihre 7 Verwaltungseinheiten in 14 neue Einheiten aufgeteilt. Es handelt sich dabei um "Länder", die sich an deutsch-österreichischen Vorbildern orientieren und über eine gewisse Autonomie verfügen. Des Weiteren definiert ein Gesetz aus dem Juni 2000, das der regionalen und lokalen

Entwicklung gewidmet ist, acht "Kohäsionsregionen" auf der Ebene NUTS II. 73 Bezirke ("okresi") und vier Gemeinden ("mesto") bilden die Basiseinheiten der territorialen Organisation.

Während der Periode 2000-2002 gewährte die Europäische Union der Tschechischen Republik zur Vorbereitung ihres Beitritts jährlich finanzielle Beihilfen in einem Gesamtumfang von ungefähr 79 Millionen Euro aus dem Programm Phare (Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Übergangs), 22 Millionen Euro aus dem Programm SAPARD (Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums) sowie zwischen 57 und 83 Millionen Euro aus dem Programm ISPA (Infrastrukturprojekte in den Bereichen Umwelt und Verkehr).

Der Gipfel von Kopenhagen beschloss, im Zeitraum 2004-2006 für die Tschechischen Republik Mittel in folgender Zusammensetzung bereitzustellen: 1.286,4 Millionen Euro unter Ziel 1; 63,3 Millionen Euro unter Ziel 2; 52,2 Millionen Euro unter Ziel 3; 60,9 Millionen Euro aus der Initiative INTERREG und 28,4 Millionen aus der

Initiative EQUAL. Insgesamt werden die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds voraussichtlich mehr als 2.327 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

### Kontakt:

*Ministerstvo pro Místní Rozvoj  
(Ministerium für Regionalentwicklung der Tschechischen Republik)  
Staroměstské náměstí 6  
CZ-110 15 Praha 1  
Tel.: +420 22486 1111  
Fax: +420 22486 1333  
Web: [www.mmr.cz](http://www.mmr.cz)*

### Fläche

78.866 km<sup>2</sup>

### Bevölkerung

10.299.125 Einwohner  
Bevölkerungsdichte: 131 Einw./km<sup>2</sup>  
(EU-15: 118 Einw./km<sup>2</sup>)

### Wirtschaft und Beschäftigung

Pro-Kopf-BIP (2001): 13.300 EUR  
(EU-15: 23.200 EUR)  
Index Pro-Kopf-BIP/KKS (2001):  
57 (EU-15: 100)  
Arbeitslosenquote (2002):  
7,7% (EU-15: 7,7%)



# Fragen an Pavel Nemec, Minister für Regionalentwicklung der Tschechischen Republik

**Worin bestehen die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die die Tschechische Republik bewältigen muss?**

Dreizehn Jahre nach der "Samtrevolution" hat die Tschechische Republik große Fortschritte auf dem Weg zu einer stabilen und prosperierenden Marktwirtschaft gemacht. Dessenungeachtet sind weitere Anstrengungen nötig: Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch Reduzierung des Defizits, das immer noch wächst; bessere Beherrschung der Ausgaben der Sozialversicherung; Deregulierung des Immobilienmarkts, um den Bau neuer Wohnungen und die Mobilität der Arbeitskräfte zu erleichtern. Die Regionen mit Strukturproblemen und Entwicklungsrückständen stellen ein weiteres sehr ernst zu nehmendes Problem dar.

**Mit welchen regionalpolitischen Maßnahmen reagiert die tschechische Regierung auf diese Herausforderungen?**

Das Ministerium für Regionalentwicklung sucht nach wirksamen Lösungen für diese Probleme. Zum Beispiel prüft die Regierung derzeit unseren Vorschlag für ein neues Wohnungsmarktesetz, das sich zum Ziel setzt, schrittweise einen freien Markt zu schaffen. Das gemeinsame operationelle Regionalprogramm, das kürzlich genehmigt wurde, schafft die Voraussetzungen für den Einsatz von spezifischen Entwicklungsstrategien, die auf die Bedürfnisse der Problemregionen zugeschnitten sind, insbesondere die Bergbau- und Stahlwerksregionen in Schlesisch-Mähren und Nordböhmen. Darüber hinaus widmen die neuen sektoralen operationellen Programme sich besonders der Notwendigkeit, die

interregionalen Disparitäten speziell in Sachen neue Technologien zu verringern.

**Was verspricht Ihr Land sich in erster Linie von seinem Beitritt zur Europäischen Union?**

Wir sind stolz darauf, nach langen Jahren wieder unseren Platz in einem Wirtschaftsraum einnehmen zu können, zu dem wir seit Jahrhunderten gehören. Wir möchten maximalen Nutzen aus der Freizügigkeit der Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapitale ziehen. Aber die Tschechische Republik wird sich nicht damit zufrieden geben, Hilfe in Anspruch zu nehmen, denn sie hat viel zu bieten: gut erhaltenes industrielles Know-How und Fertigkeiten, mit deren Aufwertung wir den Anfang gemacht haben, dynamische kleine und mittlere Unternehmen, offene und innovationsfreudige Menschen. Ich hoffe, wir werden den Beweis erbringen, dass wir unter den Beitrittsländern das westlichste sind.

**Welche Aspekte des Beitrittsprozesses harren noch der Lösung?**

Wie Sie wissen, hat die Tschechische Republik den Prozess des Beitritts erfolgreich abgeschlossen, und wir warten voller Ungeduld auf den Mai 2004, wenn wir endgültig der Europäischen Union angehören werden. Aber das ist nur der Beginn des Beitritts. Über alle Übergangsregelungen, die für unser Land manchmal ungünstig sind, muss weiterhin verhandelt werden. Als Beispiele möchte ich etwa die Einschränkungen bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte nennen – obwohl wir zu schätzen wissen, dass die meisten Mitgliedstaaten diese Einschränkungen nicht anwenden wollen – oder die Auflagen im Kabotageverkehr für die tschechischen Strassentransportunternehmen. Auf der

anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, dass auch die Regelungen zum Schutz unseres Binnenmarkts und unserer Unternehmen nur für eine Übergangsphase gelten und dass wir die entsprechenden Anpassungsprozesse bewältigen müssen.

**Was kann die Tschechische Republik der Europäischen Union in regionalpolitischer Hinsicht bieten, und was haben umgekehrt die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ihrem Land anzubieten?**

Sowohl in ökonomischer als auch in geografischer Hinsicht liegt die Tschechische Republik an der Schaltstelle zwischen dem Westen und dem Osten des Kontinents. Sie kann daher ein Schlüsselakteur für die Integration eines größeren Raums werden. In historischer Perspektive hat unser Land es trotz einiger Turbulenzen im letzten Jahrzehnt, die auf die industrielle Umstrukturierung zurückzuführen sind, geschafft, seine Potentiale und seinen Lebensstil zu bewahren, insbesondere ein gewisses Gleichgewicht zwischen Stadt und Land. Von dieser Erfahrung können sowohl die "alten" als auch die "neuen" Mitgliedstaaten der Union profitieren. Was umgekehrt die Union angeht, so kann sie unserem Land helfen, das Investitionsniveau anzuheben, besonders dank der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds, denn derzeit übertrifft nur die Region Prag den europäischen Pro-Kopf-BIP-Mittelwert. Daher schließt mein Ministerium derzeit eine Verwaltungsreform ab, die es ermöglichen soll, die europäischen Fonds auf optimale Weise in den Dienst der Entwicklung der gesamten Tschechischen Republik zu stellen.

*Das Interview wurde am 3. Februar 2003 geführt.*



# Porträt einer Region

## Norte (Portugal)

## Austarieren und innovieren

**Das Ungleichgewicht zwischen dem Küstengebiet und seinem Hinterland soll verringert werden und die Wettbewerbsfähigkeit in dieser hochindustrialisierten Region soll verbessert werden – diese beiden Ziele haben Priorität im Norden Portugals.**

Dass der Norden Portugals die am stärksten nach außen orientierte Region des Landes ist, die über 40% der Exporte des Landes realisiert, ist in erster Linie dem Portwein zu verdanken, der aus den berühmten Rebsorten gekeltert wird, die an den Hängen des Alto Douro angebaut werden. Seine 3,7 Millionen Einwohner machen fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Zugleich leben hier 39% der Portugiesen und Portugiesinnen unter 25 Jahren, so dass Norte eine der jüngsten Regionen des Landes ist.

Jedoch weist die Region Norte – wie auch das übrige Portugal – ein ausgeprägtes Ungleichgewicht zwischen der Küstenregion und dem Landesinneren auf: Der größte Teil der jungen Menschen lebt an der dicht besiedelten Küste, während das Hinterland mit Verödung und Überalterung zu kämpfen hat.

Dieses demographische Ungleichgewicht spiegelt sich auch auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene wieder: das Gebiet um die Metropole Porto ist sehr dynamisch und hochindustrialisiert, wogegen es den dünn besiedelten Landstrichen im Inneren an Innovationsfähigkeit und Unternehmergeist mangelt.

Eine der Herausforderungen für die Region Norte besteht folglich darin, einerseits das Umland von Porto besser zu strukturieren (besonders hinsichtlich des Kampfs gegen soziale Ausgrenzung, hinsichtlich der Intermodalität der Verkehrssysteme sowie der Brauchwasseraufbereitung) und andererseits im Landesinneren städtische Zentren zu entwickeln und zu Polen eines neuen Gleichgewichts zu machen, die in der Lage sind, ihr ländliches Umland zu dynamisieren. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den beiden benachbarten spanischen Regionen Galizien und Kastilien-Leon ist Teil dieser Bemühungen.

### KMU

Norte ist die am höchsten industrialisierte Region Portugals und nimmt unter den höchstindustrialisierten Regionen Europas den zehnten Platz ein. Knapp ein Drittel der Unternehmen und ungefähr die Hälfte der Erwerbstätigen arbeiten im Sekundärsektor, in dem die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrien dominieren.

Die regionale Wirtschaftsstruktur ist außerdem vom Übergewicht der KMU geprägt: nur knapp 1,2% der Betriebe in Norte haben mehr als hundert Beschäftigte. Daher kommt die Regionalentwicklungsstrategie nicht

umhin, die KMU zu unterstützen. Es werden Infrastrukturen geschaffen, die die KMU unterstützen, es wird in die Innovation investiert, die Internationalisierung vorangetrieben und darauf geachtet, dass regionale Produzenten wettbewerbsfähig werden.

### Operation Norden

Das Operationelle Programm der Region Norte für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 läuft unter dem Namen "Operação Norte" (Operation Norden). Es verfolgt drei Hauptziele:

- Anhebung des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung der Region Norte und ihrer Beschäftigungsfähigkeit sowie Förderung des sozialen Zusammenhalts;
- Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Aufwertung der ortsansässigen Produktionssysteme;
- Sicherstellung einer nachhaltigen und ausgewogenen Raumplanung.

#### Kontakt:

*Comissão de Coordenação da Região do Norte*  
*Rua Rainha D. Estefânia, 251*  
*P-4150-304 Porto*  
*Tel.: +351 22 608 6325*  
*Fax: +351 22 608 6309*  
*E-mail: norte@ccr-n.pt*  
*Web: www.ccr-n.pt*

#### Fläche

21.289 km<sup>2</sup>

#### Bevölkerung (2001)

3.687.212 Einwohner

Bevölkerungsdichte: 173,2 Einw./km<sup>2</sup>

#### Wirtschaft und Beschäftigung

Pro-Kopf-BIP (2000): 9.260 EUR (EU-15: 21.258 EUR)

Index Pro-Kopf-BIP/KKS (2000): 56 (UE-15=100)

Arbeitslosenquote (2001): 3,7% (EU-15: 7,7%)

#### Strukturfonds (2000-2006)

##### Ziel 1

EU	Sonstige öffentliche Mittel	Private Mittel	Gesamt
7.644.147.000 EUR	4.402.017.000 EUR	4.362.430.000 EUR	16.408.594.000 EUR



## Das Weingärten des Alto Douro - Kulturerbe der Menschheit

Seine Aufnahme in das UNESCO Verzeichnis des Kulturerbes der Menschheit trägt zur Förderung, zum Schutz und zur Entwicklung dieses ältesten Weinanbaugebiets der Welt mit geschützter Herkunftsbezeichnung bei.

Der Strom Douro ist eins der Symbole des portugiesischen Nordens. Er kommt aus Kastilien-Leon, durchquert das ganze Gebiet der Region Norte und mündet in das Delta von Porto. Vor allem aber verbindet sich der Name "Douro" mit der weltweit ältesten geschützten Herkunftsbezeichnung für ein Weinbaugebiet: die "Weingärten des Alto Douro". Dank rastloser und jahrhundertelanger Arbeit haben die Menschen dieses ausgedehnte Gebiet mit seinen schiefriigen Böden zu einem echten landwirtschaftlichen und landschaftlichen Monument entwickelt, in den Worten des portugiesischen Dichters Miguel Torga *"der einzige und unvergleichliche Beweis unserer Fähigkeit, die Welt das Staunen zu lehren"*. Die Kulturlandschaft der Weingärten des Alto Douro erstreckt sich über ein Gebiet von fast 250.000 ha, von denen 20% dem Weinbau gewidmet sind. Hier wird in rund 9.000 Betrieben der einzigartige und in der ganzen Welt geschätzte Portwein produziert.

Eine Vereinigung portugiesischer Persönlichkeiten, lokaler, regionaler und

nationaler Organisationen, die von der herausragenden kulturellen Bedeutung der Weingärten des Alto Douro überzeugt waren, hat keine Mühe gescheut, um ihre Aufnahme in das UNESCO-Verzeichnis des Kulturerbes der Menschheit zu erreichen und gleichzeitig nach integrierten Lösungen für ihren Schutz sowie für ihre Aufwertung und nachhaltige Entwicklung zu suchen.

Aufgrund einer Initiative der Stiftung Rei Afonso Henriques und mit Unterstützung der Universität Trás-os-Montes e Alto Douro wurden Fördermittel der Gemeinschaft eingeworben, um folgende Ziele zu erreichen: Erarbeitung eines interkommunalen Raumordnungsprogramms für die Region; Gründung eines Fördervereins für die Weingärten des Alto Douro, dem 13 Gemeinden sowie etliche weitere Organisationen angehören; Zusammenstellung der Bewerbungsunterlagen für die Aufnahme der Weingärten des Alto Douro in das UNESCO-Verzeichnis des Kulturerbes der Menschheit.

Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, denn am 14. Dezember 2001 beschloss der UNESCO-Ausschuss für das Kulturerbe der Menschheit auf seiner Sitzung in Helsinki, die Weingärten des Alto Douro in sein Verzeichnis aufzunehmen, in der Kategorie "Evolutive und lebendige Kulturlandschaften". Damit hat die Region auf dem Weg zu ihrer internationalen Anerkennung einen großen Schritt nach vorn getan, der der Werbung für das Gebiet und seiner Entwicklung dienen wird, zunächst im Rahmen einer Weiterentwicklung seiner touristischen Attraktivität.

Die Aufnahme der Weingärten des Alto Douro in das Kulturerbe der Menschheit veranschaulicht, dass die Fonds der Gemeinschaft nicht nur der Finanzierung von Infrastrukturen dienen. In den Worten des Koordinierungsausschusses beweist der Erfolg des Vorhabens, dass auch finanziell begrenzte Projekte wie dieses zu strukturbildenden Lösungen für die Gestaltung und Entwicklung eines Territoriums führen können.

## INTERREG IIIA euregio rhein-maas-nord:

# Grenzüberschreitende Lebensmittelsicherheit

Eine Gruppe von Unternehmen und Behörden der deutsch-niederländischen euregio rhein-maas-nord hat sich zusammengeschlossen, um ein grenzüberschreitendes Qualitätsmanagement zu entwickeln, das Garantien hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit bieten und gleichzeitig einen Schlüsselbereich der regionalen Wirtschaft stärken soll.

Die deutsch-niederländischen INTERREG-Programme können für sich in Anspruch nehmen, über eine lange Tradition und solide Kooperationsstrukturen zu verfügen. In der Tat hat dieses Grenzgebiet schon im Jahr 1958 das Konzept der "euregio"<sup>(2)</sup> erfunden und in die Praxis umgesetzt, das in den Grenzregionen der Europäischen Union heute weit verbreitet ist.

Die Lebensmittelerzeugung – sowohl für den menschlichen Verzehr als auch für die Viehzucht – ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in der euregio rhein-maas-nord, die im Grenzbereich

zwischen Nordrhein-Westfalen und der niederländischen Region Limburg liegt.

BSE, Schweinepest, Dioxin, Salmonellose... Die Serie von Krisen, die in den letzten Jahren den europäischen Lebensmittelsektor erschüttert haben, hat die Verbraucher misstrauisch werden lassen und deutlich gemacht, wie krisenanfällig Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie geworden sind.

Daher haben die deutschen und niederländischen Partner der Euregio beschlossen, zu reagieren bzw. die Initiative zu ergreifen und im Rahmen von INTERREG ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprojekt zu starten, das die Bezeichnung *"Grenzüberschreitende Integrierte Qualitätssicherung in Lebens- und Futtermittelbetrieben in der euregio rhein-maas-nord"* trägt.

### Das Projekt umfasst fünf große Entwicklungsschritte:

1. Es wird ein Qualitätskontrollprozess definiert, der die ganze Produktionskette umfassen und sowohl von den Erzeugern als auch von den Veterinäraufsichtsbehörden gebilligt werden soll.
2. Es werden grenzüberschreitende "Beraterteams" gebildet, die den gesamten Produktionsprozess in den Verarbeitungsbetrieben überwachen.
3. Es wird ein gemeinsames Kommunikationssystem entwickelt, das sich ausschließlich auf Fragen der Lebensmittelsicherheit konzentriert.
4. Die beteiligten Unternehmen entwickeln ein System der Qualitätskontrolle vom Typ HACCP

(2) Die im Jahr 1958 gegründete euregio Gronau/Enschede war europaweit die erste grenzübergreifende Kooperationsstruktur.







(*Hazard Analysis Critical Control Point*) und setzen es praktisch um.

5. Vier Pilotbetriebe haben Systeme zur Identifikation und Rückverfolgung sowie entsprechende Kontrollmechanismen eingerichtet. Diese Betriebe tauschen untereinander ihre Erfahrungen aus und sorgen für die Weiterleitung der relevanten Informationen an die Akteure der entsprechenden Produktionszweige sowie an das Netzwerk der Beraterteams.

Darüber hinaus entwickelt eine Gruppe von ausgewählten KMU des Lebensmittelsektors in Zusammenarbeit mit den Universitäten Wageningen und Bonn eine Software für Qualitätsmanagement.

Schließlich führt das Projekt integrierte Maßnahmen für Weiterbildung und Erfahrungsaustausch durch, die auch bei der Entwicklung von Problemlösungen

und für das Verständnis und die Analyse der Risiken eine positive Rolle spielen. Die Tatsache, dass das Projekt von einer deutsch-niederländischen Partnerschaft getragen wird, kommt auch dem interkulturellen Verständnis in den wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zugute. Insofern das Projekt für Qualitäts- und Sicherheitsfortschritte sorgt, dürfte es einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittel- und Futtermittelindustrie der euregio leisten.

**Kontakt:**

*euregio rhein-maas-nord / euregio rijn-maas-noord*

D-41050 Mönchengladbach  
Harmoniestr. 25

Tel.: 0049 (0) 2161 259 231

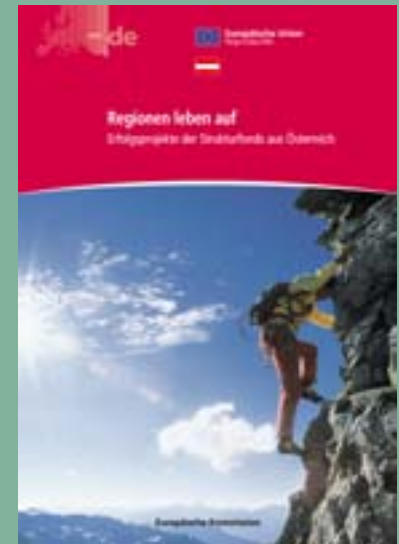
Fax: 0049 (0) 2161 259 239

E-mail: [info@euregio-rmn.de](mailto:info@euregio-rmn.de)

Web: [www.euregio-rmn.de](http://www.euregio-rmn.de)

## Regionen leben auf Erfolgsprojekte der Struktur- fonds aus Österreich

Beschreibungen von 21 österreichischen Projekten, die von der EU kofinanziert wurden



Liegt auf Deutsch und Englisch vor  
(April 2003).

## Zweiter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt



Liegt in den elf Amtssprachen der Union vor sowie in zehn Sprachen der Beitrittsländer.

# Online



## <http://www.localdeveurope.org>

“Finanz-Engineering im Dienst der ländlichen Entwicklung” ist das Produkt einer Partnerschaft, der Experten und Organisationen aus sechs Ländern der Union angehören: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich. Das Projekt, das von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten der Europäischen Kommission finanziert wurde, dient dem Zweck, lokale und regionale Behörden über Gestaltung und Einsatz effizienter Finanzinstrumente zu informieren, die in den Dienst der ländlichen Entwicklung in den Regionen gestellt werden können. Die Site ist dreisprachig: Englisch, Französisch und Italienisch.

## <http://www.ctp.org>

Dies ist die Site der Arbeitsgemeinschaft Pyrenäen, die 1983 nach dem Vorbild des Alpenbogens gegründet wurde, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen sieben europäischen Regionen (Aquitainen, Aragon, Baskenland, Katalonien, Languedoc-Roussillon, Midi-Pyrenäen, Navarra) und Andorra zu stimulieren. Die Informationen in spanischer Sprache sind bereits sehr reichhaltig; binnen kurzem sollen sie auch auf Französisch, Katalanisch und Baskisch vorliegen.



## <http://www.eminderproject.com>

“e-Minder” (electronic CoMmerce LeveragIng Network for Developing European Regions / e-commerce-Netzwerk im Dienst der Entwicklung der europäischen Regionen) ist ein Kooperationsprojekt zwischen Zypern, Galizien (Spanien) und Pommern (Polen), das im Rahmen der vorrangigen Maßnahme IST (Information Society Technologies) des Sechsten Gemeinschaftlichen Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung ([www.cordis.lu/ist](http://www.cordis.lu/ist)) kofinanziert wurde. Die Site bietet viele interessante Links zum Thema e-commerce und Regionalentwicklung.

## Ansprechpartner

Europäische Kommission, Generaldirektion “Regionalpolitik”  
Referat 01, “Information und Kommunikation”  
Thierry Daman  
Avenue de Tervuren 41, B-1040, Brüssel  
Fax: +32 2 296 60 03  
[regio-info@cec.eu.int](mailto:regio-info@cec.eu.int)  
[http://europa.eu.int/comm/dgs/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_de.htm)

Kommissar Michel Barnier  
<http://europa.eu.int/barnier>

Informationen über die Regionalförderung der Europäischen Union  
[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm)

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2003  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Printed in Belgium



Amt für Veröffentlichungen

[Publications.eu.int](http://Publications.eu.int)